Grünes Traunstein

www.gruene-traunstein.de

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Zweite Ausgabe September 2009
Postwurfsendung - an alle Haushalte

GRÜN in die Zukunft

Von Sepp Daxenberger

Grüne Politik ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Und dies vor allem deshalb, weil sich die Gesellschaft in Richtung Grüne und Grüne Positionen bewegt hat. Selbstverständlich haben sich auch die Grünen in 30 Jahren verändert, das ist völlig natürlich. Trotzdem können wir heute feststellen, dass wir die Positionen, für die wir vor 10 oder 15 Jahren noch ausgelacht wurden, nicht nur immer noch vertreten, sondern, dass diese sich zunehmend als richtig herausstellen. Ob Gentechnikfreiheit in Landwirtschaft und Ernährung, ob Energiewende, ob Bildungssysteme, die nicht für Auslesedruck sondern für Förderung stehen, ob nachhaltige, naturnahe Landwirtschaft oder Grünes Wirtschaften. Grüne Positionen und Grüne Politik finden immer mehr Unterstützung und vor allen Dingen auch ehrliche Anerkennung. So hat zur Europawahl die sicherlich nicht unbedingt als GRÜN-freundliche Wirtschaftszeitung „Financal Times Deutschland“ ihre Leserinnen und Leser aufgefordert, Grün zu wählen, weil Bündnis 90/ Die Grünen die einzige Partei ist, die zukunftweisende Wirtschaftskonzepte aufweisen kann. Viele Wirtschaftsverbände kommen inzwischen auf uns Grüne zu, um mit uns darüber zu diskutieren, wie die Wirtschaft nachhaltig werden kann und wie die Auswege aus der Krise mit Grüner Politik aussehen können. Der Ausweg aus der Krise ist Grün, soviel steht inzwischen fest! Und deshalb ist Grüne Politik auch eine Politik für die Zukunft und für die Menschen in unserem Land.

10 GRÜNDE FÜR GRÜN

1. Wir schaffen in den nächsten vier Jahren 1 Million neue Arbeitsplätze durch gezielte Investitionen in Klimaschutz, Umwelttechnik, Bildung, Gesundheit und Pflege.

2. Wir stehen für konsequenten Klima- und Umweltschutz, damit die Erderwärmung auf höchstens 2 Grad begrenzt wird.

Bundestagswahl am 27.September 2009 Ihre Erststimme für Dr. Bernhard Zimmer

Seine politischen Ziele:

Energie und Zukunft
In der Zukunft die Bevölkerung mit bezahlbarer Energie zu versorgen, erfordert große Einsparungen und Anstrengungen auf allen Ebenen. Ein rascher und konsequenter Umstieg auf regenerative Quellen ist unabdingbar.

Region und Wirtschaft
Klein- und mittelständische Betriebe, besonders im Bereich der Land- und Forstwirtschaft prägen unsere Kulturlandschaft, das ist unsere Heimat, deshalb müssen wir regionale Wirtschaftskreisläufe reanimieren und stärken.

Gerechtigkeit durch fairen Handel
Wie soll die klein strukturierte, traditionelle Landwirtschaft in Bayern überleben, wenn die Erzeuger auch bei uns keine fairen Preise für die Produktion erzielen können? „Fair trade“ muss sich international, aber auch regional durchsetzen.

Wissenschaft und Bildung
Die Welt von morgen heute denken - Antworten auf brennende Fragen der Zukunft zu finden. Mehr und bessere Bildung und der gerechte Zugang zu Bildung ist der Schlüssel zum Erfolg, das braucht Investitionen in den Bildungsbereich.

Umwelt und Natur
Erhalten was uns erhält - der Schutz von Natur und biologischer Vielfalt sowie eine nachhaltige und gerechte Nutzung der Ressourcen sind zentrale Bestandteile unseres Neuen Grünen Gesellschaftsvertrags.

Mobilität und Verkehr
Eine gerechte und zukunftsfähige Mobilität braucht ein Umlenken. Weniger unsinnige Transporte, Stärkung der umweltfreundlichen Verkehrsmittel und mehr Forschung in neue Technologien.

Mehr unter www.bernhard-zimmer.de

3.Wir sorgen für mehr soziale Gerechtigkeit durch gesetzliche Mindestlöhne von mindestens 7,50 Euro, die Anhebung des Arbeitslosengeldes II auf vorerst 420 Euro und eine Bürgerversicherung im Gesundheitssystem.

Grünes Traunstein
www.gruene-traunstein.de
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Aus dem Stadtrat

Einsatz für die Beibehaltung der Mittagsbetreuung hat sich gelohnt!

Von Burgi Mörtl-Körner

Obwohl ich im Stadtrat für die Beibehaltung der Mittagsbetreuung für Erstklässler im Sinne ihrer Mütter engagiert geworben hatte, entschied sich eine große Mehrheit des Stadtrates für die Einführung der gebundenen Ganztagesklasse, die alle Schüler aufnehmen sollte, die Mittagsbetreuung brauchen. Glücklicherweise wurde der Beschluss aufgrund heftiger Proteste der Eltern zurückgenommen. Ich bin überzeugt, dass eine kinderfreundliche Stadt den Wünschen der Eltern entgegenkommen muss, wobei die Eltern ja die Mittagsbetreuung finanzieren. Auch die Ganztagsklasse kostet der Stadt Geld. Der finanzielle Aspekt darf hinsichtlich einer qualitativen Kinderbetreuung nicht im Vordergrund stehen. Berufstätigen Müttern muss eine variable Mittagsbetreuung mit flexiblen Abholzeiten geboten werden, solange die Ganztagsbeschulung nicht für alle Kinder Pflicht ist. Eine kinderfreundliche Stadt darf keine Mühen scheuen, den Wünschen der Eltern gerecht zu werden! Dafür werde ich mich auch zukünftig einsetzen!

Engagement für eine fahrradfreundliche Stadt

Von Burgi Mörtl-Körner und Wilfried Schott

Auf Anregung von Burgi Mörtl-Körner und Wilfried Schott im Arbeitskreis Energie und Umwelt radelten einige Stadträte mit Oberbürgermeister Kösterke durch die Stadt, um nach Verbesserungsmöglichkeiten für Radwege zu suchen. Ein schwieriges Unterfangen, denn meistens sind die Straßen zu eng und gesetzliche Vorgaben lassen deshalb einen Radweg nicht zu, z.B. an der Wasserburger Straße. Der Autoverkehr hat halt auf den Straßen immer noch den Vorrang! Dennoch wurden kürzlich einige Stellen deutlicher mit roter Farbe auf dem Asphalt gekennzeichnet.
Wir grüne Stadträte stellen uns aber schon die Frage, wie andere Städte es geschafft haben, wirklich fahrradfreundlich zu werden. Vermeidung von LKW- und PKW-Verkehr sollte das oberste Ziel sein. Anregungen für Verbesserungen sind uns immer willkommen.

Informationen zur Bundestagswahl?
Kommen Sie zu den Wahlständen von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN an den Samstagen vor dem Wahltermin 27.September. Der GRÜNE Infromationsstand befindet sich von 9:00 bis 12:30 Uhr am Maxplatz / Ecke Bahnhofstraße. Wir freuen uns über Ihren Besuch.

Bürgerversicherung oder Kopfpauschale

Von Alexandra Adler

Die Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung ist Gegenstand heftiger Kontroversen. Zahlreiche Experten stimmen darin überein, dass das gegenwärtige System aufgrund zahlreicher Mängel veränderungsbedürftig ist. Als Reformvorschläge stehen insbesondere die Kopfpauschale oder die Bürgerversicherung zur Wahl.
Das Modell der Kopfpauschale, auch Gesundheitsprämie genannt, wird von den Unionsparteien vertreten. Jeder Versicherte wird unabhängig vom Einkommen, Gesundheitszustand und Alter mit gleich hohem Versicherungsbeitrag belastet. Kann ein Haushalt die Kopfpauschale nicht aufbringen, erhält dieser Zuschüsse aus dem Steuerhaushalt. Die CDU/CSU verspricht sich davon eine Abkopplung der Ausgaben von den Lohnkosten. Erfahrungen aus der Schweiz zeigen aber, dass eine Kopfpauschale sozial Schwache und Kranke durch die einkommensunabhängige Beitragserhebung sowie jährliche Selbstbehalte (Zuzahlungen) überproportional stark belasten, während Gesunde und Besserverdienende entlastet werden.
Wir Grüne stehen für die Bürgerversicherung. In diesem Modell wird die gesamte Bevölkerung, also auch Selbständige, Beamte und Bezieher von Mieteinnahmen entsprechend ihrem jeweiligem Einkommen herangezogen. Somit wird die soziale Gerechtigkeit unter Versicherten erhöht und die Bezieher niedriger Einkommen und Familien werden stark entlastet. Die Bürgerversicherung zeichnet sich durch einkommensabhängige und risikounabhängige Beiträge sowie Leistung nach dem Bedarf der Versicherten aus. Die Praxisgebühr entfällt. Jeder bekommt die gleichen Leistungen. Wir Grüne wollen keine Zwei-Klassen-Medizin. Als Fazit kann man sagen, dass die Bürgerversicherung für Solidarität, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit steht und eine nachhaltige Gesundheitsfinanzierung darstellt.

4. Wir bekämpfen Hunger und Armut in der Welt durch gerechte Globalisierung, fairen Handel und eine bessere Entwicklungszusammenarbeit.

Impressum: Herausgegeben von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Ortsgruppe Traunstein V.i.S.d.P. Wolfgang Wörner, Helga Mandl, Gamskoglstraße 16, Traunstein,

Druck: Miller GmbH, Traunstein

Grünes Traunstein
www.gruene-traunstein.de
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Atomkraft - eine saubere und vertrauenswürdige Technologie?

Von Nils Remmers

Durch die Zwischenfälle in Krümmel und Asse in diesem Sommer ist diese angeblich saubere, sichere und vertrauenswürdige Technologie wieder sehr präsent geworden. Vor allem das Verhalten der Betreiber ließ Zweifel an deren Glaubwürdigkeit aufkommen. Wenn in Krümmel alles sicher und gefahrlos war, warum wurde dann die Aufsichtsbehörde erst von der Polizei informiert? Das Atomkraftwerk war bei diesem letzten Zwischenfall erst seit kurzem wieder am Netz, weil es vorher ebenfalls einen Zwischenfall gab. Interessanterweise wurden nach dem letzten Zwischenfall viele defekte Brennstäbe entdeckt, die offensichtlich bei der vorherigen Revision unentdeckt blieben! Ein weiterer gerne ignorierter Aspekt der Atomkraft ist die Tatsache, dass das Maximum der Brennstoffgewinnung schon einige Jahre zurück liegt. Die Fehlmenge wird durch teilweise Aufarbeitung alten Brennmaterials und durch Umarbeitung von Atomwaffen gedeckt. Grundsätzlich ist dies im Zusammenhang mit der Abrüstung zu begrüßen, dadurch wird der Bedarf aber auf Dauer nicht gedeckt. Atomkraft wird seit ca. 50 Jahren zur Gewinnung elektrischer Energie genutzt. Trotzdem existiert bislang kein realisierbares Konzept zum Umgang mit dem strahlenden Atommüll. Dieses Problem wird nicht nur uns, sondern auch unsere Nachfahren noch Tausende (!) von Jahren beschäftigen. In diesem Zusammenhang fällt die Doppelmoral der Befürworter der Atomenergie besonders deutlich auf. Gerne wird auf die Vorteile der Atomenergie verwiesen, für den Verbleib der Reste will jedoch niemand ein Endlager oder etwas Vergleichbares in seinem Zuständigkeitsbereich. Wer nicht die Konsequenzen seines Handelns tragen kann, darf die Konsequenzen nicht verursachen.
Die Aussagen, dass wir bei Abschaltung der Atomkraftwerke nicht genug Energie zur Verfügung hätten, stimmen nicht. Ein mögliches Problem könnte aber die Energieverteilung sein, da das Versorgungsnetz auf wenige, große Einspeisepunkte ausgelegt ist. Für die Nutzung von regenerativen Energien brauchen wir viele kleine Einspeisepunkte. Das sollte aber in der näheren Zukunft kein Problem darstellen.
Zusammenfassend lässt sich jedes Argument der Atomkraftbefürworter entkräften. Desweiteren bewiesen verschiedene Betreiberkonzerne wiederholt, dass sie kein entsprechendes Vertrauen verdient haben. Die Fürsorgepflicht für die kommenden Generationen verpflichtet uns, auf diese gefährliche Technologie zu verzichten.

Autobahn A8: der 6+2-spurige Ausbau wird von vielen abgelehnt

Von Wolfgang Wörner

Wann immer die Gegner des 6 plus 2-spurigen Ausbaus zu einer Veranstaltung einladen, füllt sich der Saal. Egal, ob die Bürgerinitiative (BI), der Bund Naturschutz oder die Grünen die Veranstaltung machen, das Interesse der Bevölkerung ist groß. Auch bei einer Mahnwache des Landesbundes für Vogelschutz stellten sich vor kurzem betroffene Anwohner, Mitglieder der BI, Vogelschützer, sowie Mitglieder und Freunde von Bündnis 90/Die Grünen mit Fackeln an die Autobahnausfahrt Grabenstätt

(Foto). Der Bund Naturschutz hat eine Studie erstellen lassen, nach der der Anbau von je einer Standspur an die bestehende Autobahn zur Erhöhung der Sicherheit voll ausreicht, um den heutigen und auch den zukünftigen Verkehr zu bewältigen. Die Grünen teilen diese Meinung in vollem Umfang und setzen sich weiterhin für diesen moderaten Ausbau und gegen den die Landschaft zerstörenden Vollausbau mit 6 plus 2 Spuren ein.

**5. Wir halten fest am Atomausstieg und schalten in den nächsten 4 Jahren weitere 8 Atomkraftwerke ab.
Bis 2040 decken wir unseren gesamten Energiebedarf durch Erneuerbare Energien und fördern Energieeffizienz und Energiesparen.**

6. Wir wollen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit für Frauen und mehr Frauen in Führungspositionen.

Mehr Verkehr auf die Schiene!
Ein Neuanfang bei der Bahn ist nötig.
Von MdB Dr. Anton Hofreiter

Die Bahnreform 1994 machte aus der Bundesbahn die Deutsche Bahn AG. Bisher hat die DB AG nur einen Aktionär: die Bundesrepublik Deutschland, die 100% der Anteile besitzt. Dies sollte der Börsengang ändern, der jedoch wegen der Wirtschaftkrise verschoben wurde. Glücklicherweise, denn in der geplanten Form lehnen die Grünen die Bahnprivatisierung ab. Die Grüne Bahnpolitik setzt in den drei Hauptbereichen andere Schwerpunkte. Die Infrastruktur aus Schienennetz, Bahnhöfen, Verkehrssteuerung und Fahrkartenvertrieb muss in öffentlicher Hand bleiben. Nur dann kann der Staat seinem Gemeinwohlauftrag im Schienenverkehr nachkommen. Die Grünen wollen die Investitionen in das Schienennetz anders verteilen. Statt in große Prestigeobjekte und wenige ICE-Rennstrecken muss in eine Vielzahl von kleinen Projekten investiert werden, um kürzere Reisezeiten im Gesamtnetz zu erreichen. Beim Güterverkehr kann durchaus privatisiert werden. Es ist keine Staatsaufgabe, ein globales Logistikunternehmen, wie es die DB Schenker-Gruppe ist, zu betreiben. Der Staat muss aber die Rahmenbedingungen verbessern, damit mehr Güter auf der Schiene transportiert werden. Im Güterverkehr gibt es keine Kostenwahrheit, so dass LKWs noch immer zum Billigtarif auf Deutschlands Autobahnen fahren können. Beim Personenverkehr muss der Fahrgast und nicht die Rendite im Mittelpunkt stehen. Die grünen Stichworte hierzu lauten Flächenbahn und Deutschland-Takt. Statt der Konzentration auf einzelne lukrative ICE-Großstadtverbindungen müssen Großstädte, Mittelstädte und touristische Regionen in einem deutschlandweiten Taktfahrplan an den Fernverkehr der Bahn angeschlossen sein. Eine Mindestzahl an Verbindungen muss eventuell gesetzlich sichergestellt werden. Insgesamt ist ein Neuanfang in der Bahnpolitik nötig.

7. Wir investieren in bessere Bildung und lassen niemanden zurück: Alle Kinder müssen gleiche Bildungschancen haben. Wir setzen uns ein für längeres gemeinsames Lernen in den Schulen und lehnen Studiengebühren ab.

8. Wir sind die Bürgerrechtspartei und schützen ihre Privatsphäre - auch im Internet. Wir wehren uns gegen Schnüffelstaat und Schnüffelwirtschaft.

9. Wir stärken die Verbraucherrechte und lehnen Gentechnik auf Tellern und Äckern ab.

10. Wir wollen eine friedliche Welt ohne Atomwaffen und Vorrang für Konfliktprävention und zivile Konfliktlösung. Die Wehrpflicht wollen wir abschaffen.

Das Recht zu wählen...
Von Helga Mandl

Im Grundgesetz, das im Mai 1949 beschlossen und von den Alliierten genehmigt wurde, sind die wesentlichen staatlichen System- und Werteentscheidungen gestgelegt. Es steht im Rang über allen anderen deutschen Rechtsnormen. Im Artikel 38 heißt es: „Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in ***allgemeiner, unmittelbarer***, ***freier***, ***gleiche***r und ***geheimer*** Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“. ***Allgemein*** bedeutet, dass alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit Vollendung des 18. Lebensjahres wählen dürfen. ***Unmittelbar*** sind die Wahlen deswegen, weil die Abgeordneten direkt, ohne zwischengeschaltete Wahlmänner, bestimmt werden. ***Freie Wahlen*** heißt, dass kein Druck auf die Wähler ausgeübt werden darf. ***Gleich*** bedeutet, dass jede abgegebene Stimme das gleiche Gewicht hat. ***Geheim*** besagt schließlich, dass jeder so wählen können muss, dass die Wahlentscheidung anonym bleibt.
Warum wird das Wahlrecht heute von so vielen Wählern nicht mehr wahrgenommen, oder von manchen nur noch als lästige Pflicht empfunden? Die Wähler sind politikverdrossen. Parteien und Abgeordnete in allen Parlamenten haben einen schlechten Ruf. Geschürt wird dieses Bild oftmals in den Medien. Oft mag Kritik durchaus angebracht sein, aber eben nicht immer. Sollten wir uns deswegen wirklich vom Wählen abhalten lassen?
Das Recht zu wählen heißt doch auch mit zu entscheiden, wie sich das Land gesellschaftlich entwickeln soll, wie wir mit der Umwelt umgehen, ob wir das Solidaritätsprinzip weiterführen wollen und vor allen Dingen, wie unsere Steuergelder ausgegeben werden. Nichtwähler riskieren, dass rechtsextreme Parteien wieder Einzug in die Parlamente halten, wie es in Ostdeutschland durchaus der Fall ist.
Darum: **Gehen Sie wählen. Wählen Sie eine der demokratischen Parteien, damit unsere Parlamente demokratisch bleiben!**